

rote hilfe 24

Herausgegeben vom provisorischen Zentralvorstand der ROTEN HILFE

Programmatischer Aufruf Entwurf

(Beschlossen von der zentralen Konferenz der ROTE HILFE-GRUPPEN Am 12./13. April 74 in Bochum)

Hinein in die ROTE HILFE

Die ROTE HILFE ist eine proletarische Massenorganisation im Kampf gegen die politische Unterdrückung, "Sie organisiert den Kampf der Millionenmassen gegen das System des Blut-terrors der weißen Henker. Sie trägt die Schreie der Gefolterten aus den Zuchthäusern der kapitalistischen 'Zivilisation' in die Ohren der werktätigen Massen. Sie alarmiert das Gewissen der proletarischen Öffentlichkeit und täglich aufs neue erschließt sie gewaltige Energien zur moralischen und materiellen Hilfeleistung. So ist die ROTE HILFE die Verwirklichung der praktischen brüderlichen Solidarität der Werktätigen. Die ROTE HILFE ist mehr denn je eine unentbehrliche Waffe für den Befreiungskampf der Werktätigen!" - so steht es in einer Broschüre der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS von 1931. Eine solche ROTE HILFE brauchen auch heute das Proletariat und alle Werktätigen, um sich gegen die zunehmende politische Unterdrückung in Westdeutschland und Westberlin zur Wehr zu setzen und an dieser Front des Klassenkampfes die Kräfte für die sozialistische Revolution zu stärken.

Eine ROTE HILFE, die die ruhmreiche Tradition der ROTEN HILFE DEUTSCH-



Clara Zetkin, Vorsitzende der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS in den zwanziger Jahren

lands der 20er und 30er Jahre wieder aufnimmt, die Hunderttausende in ihren Reihen organisierte und einen machtvollen Kampf gegen die politische Unterdrückung in der Weimarer Republik führte.

Heute nimmt die politische Unterdrückung in Westdeutschland und Westberlin wieder sprunghaft zu. Reaktionäre Notstands-, Ausländer- und Betriebsverfassungsgesetze, verstärkte Ausrüstung von Polizei und Bundesgrenzschutz zu Bürgerkriegseinheiten, Demonstrationsverbote, Einsatz von Knüppeln, Tränengas und Wasserwerfern

Fortsetzung S.2

Der Kampf um die Einheit der ROTEN HILFE

Bericht von der Bochumer Konferenz

Inhalt

Erklärung der Redaktion ...	S.2
Solidarität mit der RAF ...	S.3
Kampf den politischen Entlassungen	S.4
Solidarität mit Sascha.....	S.5
Oswald - Schulte Prozeß....	S.10
Folter in Hamburg	S.11
Freiheit für spanische Antifaschisten	S.12
Der Kampf der ROTEN HILFE am 1. Mai.....	S.12

Die zentrale Konferenz der ROTEN-HILFE-Gruppen Westdeutschlands und Westberlins in Bochum am 12./13. April 1974

Ein Meilenstein auf dem Weg zu einer revolutionären ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS

Seit längerer Zeit findet in der ROTEN-HILFE-Bewegung in Westdeutschland und Westberlin ein scharfer Kampf um die Grundlinie der ROTEN-HILFE-Arbeit statt. Mit der zentralen Konferenz von Bochum ist diese Auseinandersetzung in ein entscheidendes Stadium getreten. In der ROTEN-HILFE Bewegung hatten gewisse trotzkistische, unter dem Deckmantel des Spontaneismus und Anarchismus segelnde Häuptlinge sowie Anarchisten- und Spontaneistenführer eine konterrevolutionäre antikomunistische Fraktion zusammengezimmert, deren nun in einem bestand: ihrem Haß gegen die Revolution und den Marxismus - Leninismus. Sie planen, die ROTE HILFE zum Bollwerk des Antikomunismus zu machen und sie zu zerstören, wenn dies mißlingen sollte.

Durch ihre hinterhältigen und konterrevolutionären Machenschaften haben sich diese Kräfte jedoch selbst von der weiteren Mitarbeit am Kongreß ausgeschlossen. Die Konferenz wurde nach einer prinzipiellen Auseinandersetzung von den re-

volutionären Kräften allein zu einem erfolgreichen Abschluß geführt, damit wurde ein Prozeß der Reinigung und Stärkung der ROTEN HILFE in Westdeutschland und Westberlin in Gang gesetzt, der mit Sicherheit zum Grundstein für große Erfolge in der RH-Arbeit werden wird.

KAMPF ZWEIER LINIEN

Die ROTE HILFE Gruppen entstanden im Kampf gegen die wahnwitzige terroristische Verfolgung der RAF und anderer revolutionärer Organisationen durch den Klassenfeind. Als Kampforganisation gegen politische Unterdrückung nahmen die Gruppen den Kampf auf und stellten sich an die Seite aller Verfolgten und Unterdrückten, an die Seite der Revolutionäre im Kampf für die Zerschlagung des Unterdrückersystems. Jedoch schon bald wurde die ROTE HILFE einerseits von spontaneistischen und anarchistischen Elementen, Randgruppentheoretikern und anderen, sowie revisionistischen und trotzkistischen Abfallelementen der revolutionären Bewegung zum Tummelfeld gewählt. Abgehalfter-

Fortsetzung S.7

Erklärung der Redaktion

Schon seit längerer Zeit wird in der Roten Hilfe der Kampf zweier Linien, der bürgerlichen und der proletarischen Linie, in aller Schärfe geführt. Die Publikationen, die von den einzelnen Rote-Hilfe-Gruppen herausgegeben wurden, sind ein deutlicher Ausdruck dieses Kampfes. Dazu brauchen wir uns nur die einzelnen Nummern des Rote-Hilfe-Infos zu betrachten:

Einige revisionistische und anarchistische Führer versuchten, die RH-Zeitung zu einem Sprachrohr ihrer konterrevolutionären Ansichten zu machen. Beschränkung der Roten Hilfe auf "nur Knastarbeit"; Leugnung des Klassenwiderspruchs in der kapitalistischen Gesellschaft, Angriffe auf die Arbeiterklasse und den Kommunismus - statt Rote Hilfe: Rosa Karitas. Sie scheuten sich nicht einmal in dem Info 21 einen lügnerischen Hetzartikel gegen die VR China zu veröffentlichen.

In dem Info 22 hingegen, das unter Redaktion der RH-Hamburg entstand, wurden lebendig und eindrucksvoll die Erfolge einer korrekten RH-Arbeit geschildert. Es ist bezeichnend, daß sich einzelne Anarchisten- und Spontaneistengruppen weigerten, diese Zeitung mit ihrem revolutionären Inhalt zu verkaufen - stattdessen verbrannten sie sie, machten sie unbrauchbar, ohne im geringsten daran zu denken sie zu bezahlen.

Durch die Hinaussäuberung dieser Elemente aus der RH auf der Bochumer Konferenz haben die revolutionären Kräfte einen großen Sieg für die RH errungen.

Der Inhalt dieser Zeitung ist ein Ausdruck des Sieges der korrekten Linie.

Diese Zeitung wird eine schlagkräftige Waffe sein, um die RH zu dem zu machen, was die Arbeiterklasse und alle Werktätigen brauchen: Eine proletarische Massenorganisation, die den Kampf gegen die politische Unterdrückung auf revolutionärer Grundlage führt.

Unser Ziel ist es, die Rote Hilfe zentral für ganz Deutschland zu organisieren. Denn nur als einheitliche, zentrale Organisation, ist die RH in der Lage, dem Klassenfeind an der Front der politischen Unterdrückung Schläge zu versetzen.

Unser Vorbild ist die Rote Hilfe Deutschlands der Weimarer Republik, die in enger Verbundenheit mit der KPD Ernst Thälmanns, Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs große Erfolge errang.

Als Grundlage für den Zusammenschluß zur Roten Hilfe Deutschlands wurde auf der zentralen Konferenz der Entwurf zum programmatischen Aufruf verabschiedet, der in dieser Zeitung veröffentlicht ist. Diesen programmatischen Aufruf müssen wir breit in die Massen tragen, ihn diskutieren und Verbesserungsvorschläge und Kritiken an die Redaktion schicken. Auf der Grundlage des Programmatischen Aufrufs müssen wir alle revolutionären und fortschrittlichen Menschen, die bereit sind, den Kampf gegen die politische Unterdrückung zu führen, in der Roten Hilfe zusammenschließen.

Gleichzeitig fordern wir jeden Kollegen auf, die RH-Zeitung, die in Zukunft regelmäßig erscheinen wird, durch Korrespondenzen zu unterstützen und zu ihrer weiten Verbreitung beizutragen.

Programmatischer Aufruf

gegen Demonstranten. Streiks werden zusammengeprügelt. Es gibt immer mehr politische Entlassungen, Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse. Genossen der RAF werden brutal verfolgt, die Bourgeoisie betreibt eine wüste Hetze gegen Revolutionäre, besonders gegen Kommunisten und verhängt Terrorurteile in politischen Prozessen. Politische Gefangene werden mit "Modernen Methoden" in den Gefängnissen gefoltert. Warum das alles? Ist das ein Zeichen der Stärke der imperialistischen Unterdrücker und ihres Staates? Nein, beileibe nicht! Sie haben Angst, sie fürchten den anwachsenden Klassenkampf. Sie fürchten unseren Kampf, den Kampf aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, den Kampf auch der ROTEN HILFE gegen das Unrecht und die Ausbeuterei des kapitalistischen Systems, unseren Kampf für einen Staat, in dem nicht Ausbeuter und Unterdrücker, sondern die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten die Macht in der Hand halten und in dem alle Versuche, das alte System wiederherzustellen, mit eiserner proletarischer Faust niedergehalten werden. Solche Staaten sind heute die

Fortsetzung von S.1

Volksrepubliken China und Albanien. Solch einen Staat wollen auch wir, die ROTE HILFE hier mit erkämpfen, denn erst wenn die Unterdrücker auch hier beseitigt sind, wird die politische Unterdrückung beseitigt sein.

Die Sowjetunion und die DDR bezeichnen sich als sozialistisch. Sie werden uns als "Vorbilder des Sozialismus" hingestellt. Aber wer 1968 die CSSR überfiel, das war kein sozialistischer Staat, das war ein imperialistischer Staat, der faschistische Unterdrückermethoden gegen die Völker und das eigene Volk anwendet. In der DDR und der Sowjetunion sind heute Regime an der Macht, die das Volk nach Art der Nazis unterdrücken.

Gerade seit 1966/67 hat sich, wie auch in der ganzen Welt, in Westdeutschland und Westberlin, der Klassenkampf sehr verschärft.

Zahlreiche Streiks, immer mehr auch gegen den Willen der imperialistischen arbeiterfeindlichen DGB-Führer, bis hin zu Auseinandersetzungen mit den Polizeihorden, den Kettenhunden des Kapitals, - so bei Ford in Köln, Hella/Lippstadt, Pierburg/Neuss. Bomben de-



tonierten im Hauptquartier der amerikanischen Besatzerstreitkräfte in Frankfurt und Heidelberg, erbitterte Kämpfe der Bevölkerung von Nordhorn und Clausheide gegen den Nato-Bombenabwurfplatz. Erfolgreiche Straßenschlachten im Frankfurter Häuserkampf. Demonstrationen von Bauern, von Studenten, Solidaritätsaktionen mit den Kämpfen der Völker der Dritten Welt, gegen die imperialistischen Mächte USA und Sowjetunion. Massendemonstration gegen den Breschnew-Besuch, trotz Polizeiterror und Demonstrationsverbot in Dortmund. All diese Kämpfe sind Zeichen des unerbittlichen Klassenkampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf unserem Boden. Und schon jetzt zeigt sich, daß das Proletariat die Bourgeoisie auf der ganzen Welt besiegen, und ihre Herrschaft vernichten wird. Haupttendenz ist die Revolution und der Vormarsch des Sozialismus!

Auf dem Hintergrund dieser für die Völker so ausgezeichneten Situation müssen wir die verzweifelten Versuche der Bourgeoisie sehen, ihren Untergang mit Blut und Terror hinauszuzögern. Wie schon 1933 durch Hitler, wie erst vor kurzem in Chile, so wollen die Herrschenden auch heute wieder die politische Unterdrückung gegen das Volk verschärfen, so treiben sie die Faschisierung voran, und wollen eine faschistische "moderne Notstandsdi-

tatur" einführen um ihre Macht zu erhalten.

Dem weißen Terror der herrschenden Klasse, die mit aller Macht ihre Herrschaft behaupten will, setzt die ROTE HILFE die Waffe der proletarischen Klassensolidarität entgegen. Die Waffe der Einheit von tausenden und Millionen Werktätigen, unter Führung der Arbeiterklasse im Kampf für die Befreiung vom kapitalistischen Joch durch die bewaffnete Revolution.

Die ROTE HILFE ist eine revolutionäre Massenorganisation der Arbeiterklasse. Im Kampf gegen die politische Unterdrückung leistet sie ihren Beitrag zum Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung und zur Errichtung der Arbeitermacht, des Sozialismus.

Es wurden in den letzten Jahren zahlreiche Terrorprozesse gegen Kommunisten und gegen andere Revolutionäre insbesondere gegen Genossen der RAF, inszeniert.

Genosse Mahler wurde zu 12, Genosse Hoppe zu 10 Jahren Haft verurteilt. Zahlreiche Genossen die bei der Demonstration am Roten Antikriegstag 1972 in München festgenommen, will die bürgerliche Klassenjustiz bis zu 18 Monate ohne Bewährung hinter Gitter sperren.

Fortsetzung S.5

Solidarität mit der RAF

Seit mehr als zwei Jahren wütet die Bourgeoisie mit faschistischem Terror gegen die Genossen der Roten Armee Fraktion. Sonderkommandos von extra ausgebildeten Killern, sogenannte Mobile Einsatzkommandos MEK's, jagen sie, in Gefängnissen werden sie körperlich und psychisch gefoltert. Am liebsten würde man sie alle umbringen, so wie sie es am 4. 12. 1971 mit Georg von Rauch gemacht haben, der mit dem Rücken zu den Polizisten, die Hände erhoben, abgeknallt wurde. Das ging hinterher als Folge eines "Mißverständnisses" in die Gerichtsakten ein (straffrei, versteht sich.). Der völlig unbeteiligte Schotte McLeod wurde in Stuttgart abgeknallt, nackt, durch eine geschlossene Tür hindurch. Thomas Weisbecker wurde nach Ansicht seines Anwalts Langmann exekutiert, als er am 2. März 1972 in Augsburg umgebracht wurde.

Ulrike Meinhof sollte durch einen verbrecherischen Gehirneingriff umgebracht werden.

Die Reihe ließe sich lange fortsetzen.

Dieser wahnwitzige Terror der herrschenden Klasse, und ihres Polizei- und Justizapparates zeigt klar: sie fürchtet jede revolutionäre Handlung, die der Arbeiterklasse zeigt, daß dieses imperialistische System verletzlich ist und keineswegs allmächtig. Diese Isolierhaftfolter, diese Morde, diese Pressehetze, alles das soll uns weismachen, daß unsere imperialistischen Herren stark und mächtig sind. In Wahrheit aber zeigt uns die Tatsache, daß sie solchen Wahnwitz nötig haben, um sich zu schützen: sie leben in Todesangst vor der Revolution. Sie schlagen wie wilde Tiere um sich, doch in Wahrheit sind sie Papiertiger!

Die Bourgeoisie will mit ihrer Hetze und ihren Diffamierungen erreichen, daß diese Revolutionäre im Volk für "Kriminelle" gehalten werden. Sie spannt zu diesem Zweck besonders eine Partei ein, die sich "kommunistisch" nennt, jedoch in Wirklichkeit eine faschistische Pogromhetze entfaltet - die D'K'P. Diese Partei behauptet, die Aktionen der RAF seien konterrevolutionär und der herrschenden Klasse als 'Vorwand' willkommen, um ihre Polizei aufzurüsten. Als ob diese Mordbanden jemals einen Vorwand gebraucht hätten, um ihr Geschäft zu verrichten! In diesen Chor stimmen Gruppen wie die sogenannte "Rote Hilfe e.V." und die Gruppe Rote Fahne Dortmund, die sich unverschämterweise KPD nennt, ein, die zum Beispiel noch vor zwei Jahren Genossen Mahler als "Hampelmann der Bourgeoisie" bezeichnete.

DIE ROTE HILFE ERKLÄRT: UNSER PLATZ IST AN DER SEITE DER VERFOLGTEN UND INHAFTIERTEN GENOSSEN. DIE HALTUNG, DIE GENOSSEN WIE ULRIKE MEINHOF, ANDREAS BAADER UND VIELE ANDERE POLITISCHE GEFANGENE BIS HEUTE BEWIESEN HABEN, IST EIN VORBILD AN REVOLUTIONÄREM MUT, AN KAMPFENTSCHLOSSENHEIT UND UNBEUGSAMKEIT.

UNSERE FORDERUNG BLEIBT : **Freiheit für alle politischen Gefangenen
Freiheit für die Genossen der RAF !**

WIR FORDERN JEDEN FORTSCHRITTLICHEN MENSCHEN UND JEDEN REVOLUTIONÄR AUF:

SCHLAGEN WIR DEN TERROR DER BOURGEOISIE ZURÜCK !

Von Anfang an hat die ROTE HILFE die unmenschlichen Bedingungen angeprangert, unter denen die Genossen der RAF in westdeutschen Gefängnissen eingesperrt sind.

Die Gefangenschaft im Toten Trakt ist es vor allem, die immer mehr Menschen in unserem Lande empört, gegen die eine immer breitere Bewegung sich entwickelt. Es ist schon hundertfach von Wissenschaftlern erwiesen: Menschen, die allein oder auch zu zweit oder dritt gänzlich von der Außenwelt isoliert werden, werden körperlich und geistig zugrunde gerichtet. Diese Foltermethode muß man mit den Tigerkäfigen des faschistischen Henkers Thieu, mit den Methoden der KZ's des Hitlerregimes gleichsetzen. Ulrike Meinhof, Astrid Proll, Gudrun Ensslin und andere Gefangenen werden dauerhaft dieser barbarischen Folter unterworfen.

Andreas Baader und andere Genossen, die sich am Hungerstreik gegen die barbarische Folter beteiligten, wurden schwer gequält und geschädigt, indem man ihnen das Trinkwasser entzog und Andreas bei Zwangsernährung gefährliche innere Verletzungen an der Speiseröhre beibrachte. Gefangenen wurde ärztliche Hilfe verweigert, wie Manfred Grasshoff, der schwer verletzt war, oder die lebensgefährlich an einem Lungentumor erkrankte Katharina Ham-

merschmidt oder Astrid Proll und Mari-
anne Herzog.

Es ist den Aktionen der Revolutionäre und der fortschrittlichen Menschen in unserem Lande, auch denen der ROTEN HILFE zuzuschreiben, daß der Gehirneingriff der Szintographie an Ulrike Meinhof verhindert werden konnte, daß Astrid Proll aus der Haft entlassen werden mußte, daß Katharina Hammerschmidt inzwischen im Krankenhaus behandelt wird - obgleich das ihr Leben wohl kaum noch retten kann. Unter ungeheuren "Sicherheitsvorkehrungen", die vor allem das Volk einschüchtern sollten, wurden inzwischen Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin nach Stuttgart gebracht, wo sie vor Gericht sollen.

Angeblich soll das mit Hafterleichterungen verbunden sein. Aber jetzt sind sie noch härter isoliert als vorher: sie dürfen nurmehr durch Panzerglasscheiben mit ihren Angehörigen reden, ihre Verteidiger werden immer schärfer behindert, indem sie nicht mehr ihre Akten zu den Gefangenen zur Vorbereitung der Verteidigung mitbringen dürfen.

Mit unglaublichem Aufwand werden die Prozesse vorbereitet. Der "Stern" verglich den Aufwand mit dem Eichmann-Prozeß oder mit den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen und stellte fest: Es hat in der Weltgeschichte noch nie-

mals Prozesse gegeben, die in dieser Art als Schauprozesse aufgebauscht wurden!

Man baut in Stuttgart eigens eine Festung zu diesem Zweck!

Es werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um jede Solidarität mit den Genossen zu unterbinden! Aber umsonst! Weder die Drohungen mit Bestrafung wegen "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" noch Bspitzelung, Schikanen und Verfolgungen der Anwälte können die immer breitere Solidarität brechen!

Und es geht nicht nur um die Genossen, die vor einem oder zwei Jahren verhaftet wurden! Vor wenigen Wochen wurden die Genossen Becker, Margrit Schiller Ilse Stachowiak verhaftet; die ganze Presse machte einen riesigen Wirbel. Schon Wochen vorher wurden diese erneuten Terrorakte der Bourgeoisie durch gezielte Gerüchte über Ausbruchversuche usw. der inhaftierten Genossen vorbereitet.



Dies alles soll die Schau der Bourgeoisie gegen die Revolution abgeben. Aber das darf von uns niemals zugelassen werden - und die ROTE HILFE wird es nicht zulassen, soweit es in ihrer Macht steht.

Die inhaftierten Genossen kämpfen ohne Rücksicht auf Entbehrungen! Wir müssen sie zum Vorbild nehmen! Ihr Kampf ist die Verpflichtung für jeden Revolutionär und aufrechten Menschen in Westdeutschland und Westberlin: Tun wir alles um den weißen Terror gegen die Genossen der RAF zu brechen!

Wir haben in verschiedenen Punkten Kritik an den politischen Vorstellungen oder der Vorgehensweise der Genossen. Dies aber kann und darf im Kampf keine Rolle spielen. Nur Opportunisten und Verräter können heute, wo es gilt, solidarisch zu kämpfen, diese Fragen in den Vordergrund stellen.

Wir rufen alle Revolutionäre und fortschrittlichen Menschen auf: Schließen wir uns unter den Parolen zusammen:

Sofortige Beendigung der Isolationsfolter !

Fortsetzung S.11

KAMPF DEN POLITISCHEN ENTLASSUNGEN - KAMPF DEN GEWERKSCHAFTSAUSSCHLÜSSEN

GIESSEN - Bänninger

Im Sommer 73 haben auch die Kollegen der Fittingsfabrik Bänninger in Gießen für ihre Forderung nach 100DM Teuerungszulage gegen den Willen des reaktionären DGB-Apparates gestreikt.

In diesem Kampf haben die beiden Betriebsräte der oppositionellen Liste Leicht und Maroska fest an der Seite der Kollegen gestanden. Davon haben sie sich nicht durch die Paragraphen des reaktionären Betriebsverfassungsgesetzes abhalten lassen. Im Gegensatz dazu haben die anderen Betriebsräte als Teil des reaktionären, imperialistischen DGB-Apparates versucht auch diesen Kampf abzuwürgen und zu unterdrücken.

Den Bänninger-Kapitalisten war das ein willkommener Anlaß, die beiden Betriebsräte sofort zu entlassen. Die beiden Betriebsräte waren den Bänninger-Kapitalisten und der Gewerkschaftsführung schon lange ein Dorn im Auge. Die beiden haben durch ihr offensives kommunistisches Auftreten den Kollegen nicht nur in den Kämpfen für ihre Tagesforderungen den richtigen Weg gewiesen; Sie haben auch bei jeder Gelegenheit die Fäulnis und Morschheit des Imperialismus aufgezeigt, die gewaltsame Zerschlagung des kapitalistischen Systems unter Führung der kommunistischen Partei der KPD/ML und die Diktatur des Proletariats propagiert. Beim Arbeitsgerichtsprozeß mußten die Kapitalisten eine klare Niederlage einstecken!

Durch den Kampf der KPD/ML und der ROTEN HILFE war die Solidarität mit den beiden kommunistischen Betriebsräten so groß, daß das Arbeitsgericht die Kündigung für ungültig erklären mußte.

In der Hoffnung, daß die Solidarität inzwischen nachgelassen hat, ist Bänninger nunmehr in Berufung gegangen. Am 31. Mai soll der Prozeß in 2. Instanz in Frankfurt vor dem Landesarbeitsgericht stattfinden.

Diese Hoffnung der Bänninger-Kapitalisten werden wir durchkreuzen. Die ROTEN HILFE wird gemeinsam mit der KPD/ML den Kampf für die sofortige Wiedereinstellung der Betriebsräte weiterführen. Einzig die Solidarität der Arbeiterklasse und aller Werktätigen insbesondere der Bänninger-Kollegen kann auch in diesem Prozeß die bürgerliche Klassenjustiz dazu zwingen, die Kündigung zurückzunehmen.

Die Bänninger-Kapitalisten wollten sich aber doppelt absichern. Sie haben gegen den Kollegen Leicht eine zweite Kündigung ausgesprochen, weil er vor dem Betrieb den ROTEN MORGEN, Zentralorgan der KPD/ML, und die Betriebszeitung der KPD/ML für Bänninger den ROTGUSS, verkauft hat. Der Betriebsrat, der sich schon längst als williges Werkzeug der Kapitalisten entlarvt hatte, traute sich aber nicht, dieser zweiten Kündigung zuzustimmen; er meinte wohl, dadurch ein bißchen an Glaubwürdigkeit in den Augen der Kollegen wiederzugewinnen. Wenn deshalb Genosse Leicht in Frankfurt den Prozeß gewinnt, wird Bänninger in Gießen einen weiteren Prozeß führen, um dann endlich per Urteilsspruch die Entlassung zu erreichen. Aber dem werden wir eine geschlossene Kampffront entgegenstellen!

Kommt zu dem Arbeitsgerichtsprozeß am 31. Mai um 10.30 Uhr in Frankfurt, Landesarbeitsgericht, Adickesallee.

Die Verschärfte Reaktion der Bourgeoisie auf das Anwachsen des revolutionären Klassenkampfes zeigt sich auch in den zahlreichen politischen Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüssen in der letzten Zeit. Immer wieder werden Kollegen und Genossen von den Kapitalisten in Zusammenarbeit mit den reaktionären Gewerkschaftsführern gefeuert, weil sich die herrschende Klasse nur noch durch solchen Terror gegen die immer stärker werdende revolutionäre Unruhe in den Betrieben zu helfen weiß.

DORTMUND - Hoesch

Der Kommunist Reimer Schnoor, Sympathisant der KPD/ML, wurde Anfang Februar mit Werkschutz Hunden und Polizei aus dem Werk Hoesch-Westfalenhütte in Dortmund getrieben.

Wie ist dieser Angriff zu erklären?

Die Verräter an der Arbeiterklasse in Betriebsrat und Vertrauensleutekörper waren von dem Genossen in Panik versetzt worden, als die Kollegen, deren Vertrauen sich der Genosse erworben hatte, ihn zu ihrem Vertrauensmann wählen wollten. Als Kommunist im Vertrauensleutekörper wollte Genosse Schnoor den ständigen Verrat der Arbeiterverräter vom Schlage eines Betriebsrates Wetzels (D'K'P) entlarven, die bei den selbständigen Streiks der Hoesch-Kollegen gegen die Lohnraubabschlüsse der IGM - Bonzen von September 69 bis

1973 die Kollegen im entscheidenden Augenblick zum Streikabbruch bewegten.

Ein Kommunist im Vertrauensleutekörper - das hätte das Ende der Ruhe dieser Verräter bedeutet. Beim vergeblichen Versuch Genossen Schnoor von den Kollegen zu isolieren, wird Wetzels zum Schmierkomödianten: Er verbreitet den Unsinn, die Werksleitung lehne Lohnerhöhungen ab, weil "einige Kollegen" nach der Arbeit Mao Tse tung lesen, die Arbeit daher nicht so anstrengend sein könne. Aber die verschiedenen Tricks und Lügenmärchen wurden von den Kollegen zurückgewiesen. Die Stimmung wandte sich gegen Wetzels und Co.

Nachdem Wetzels die gewaltsame Entfernung des Genossen aus dem Betrieb eingeleitet hatte, hielt Genosse Schnoor eine Rede vor den empörten nachdrängenden Kollegen. Diesen Kollegen sind ein für allemal die Augen geöffnet worden, über das üble Zusammenspiel der D'K'P mit dem Kapital.

Der Kampf ist nicht zu Ende. Wetzels, der mit seinen Manövern die Stimme der Revolution und des Kommunismus bei Hoesch zum Schweigen bringen will, hat das Gegenteil erreicht. Andere Kollegen setzen bereits den Kampf des Genossen Schnoor fort. Diese Kollegen werden bereits vom aufgeschreckten Betriebsrat Wetzels und Co. angegriffen.

Kollege Klaus Sch. erhielt Redeverbot für sämtliche Teilbelegschaftsversammlungen.

Gegen Norbert B. leitete der Ortsvorstand der IGM ein Gewerkschaftsausschlußverfahren ein, weil er auf der Betriebsversammlung den unversöhnlichen Klassenkampf propagiert hatte.

Die Entlassung des Genossen Schnoor bei Hoesch ist kein Einzelfall! Die ROTEN HILFE wird weiterhin gegen die Welle politischer Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse kämpfen.



OFFENER BRIEF VON NORBERT BÖHMER AN DIE IGM - BONZEN:

"Den IGM-Führern sitzt genauso die Angst im Nacken wie den Hoesch-Kapitalisten und den D'K'P-Führern. Alle reagieren deshalb auch mit dem gleichen Mittel: Mit der offenen politischen Unterdrückung der Arbeiter: Rausschmiß des Kollegen Schnoor, Verweis für mich selbst, Redeverbot für den Kollegen Sch., Drohung mit Gewerkschaftsausschluß gegen mich. Ähnlich ergeht es heute hunderten von Kollegen in anderen Städten.

Ich erkläre hier: Weil Ihr die Sache der Arbeiterklasse mit Füßen tretet, fürchtet Ihr Euch vor den Mitgliedern, die Ihr angeblich vertretet. Das Einzige, was Euch einfällt ist der Ausschlußterror, denn dazu habt Ihr die Macht, weil die IGM keine Organisation der Arbeiter ist, wo der Arbeiter die Politik bestimmt. Ihr habt die Macht, weil die Arbeiterdemokratie fast vollständig liquidiert ist in der Gewerkschaft. Ihr habt selbst den Apparat ausgerichtet, nicht zur Unterstützung unserer Kämpfe, sondern zu deren Unterdrückung und Sabotage.

Ihr werdet genausowenig wie die Kapitalisten jemals freiwillig abtreten, oder Zugeständnisse machen. Euch kann man nur bekämpfen - deshalb müssen wir IGM-Mitglieder uns zusammenschließen zu einer revolutionären Opposition in der IGM gegen den kapitalistischen Gewerkschaftsapparat.

Wenn Ihr gehofft habt, daß ich die Erklärung unterschreibe und mich von der KPD/ML distanzieren, dann habt Ihr Euch geirrt. Ich werde vor Euch nicht feige zu Kreuze kriechen, genausowenig wie vor den Hoeschkapitalisten und ihrem Verweis.

Für Euch gilt das gleiche, was Ernst Thälmann, der große Führer der deutschen Arbeiterklasse schon 1931 anlässlich seines Ausschlusses aus der Gewerkschaft schrieb: "Wir schreiten vorwärts! Ihr geht zurück! Wir sind die Armee des anbrechenden Morgen. Ihr seid die letzte niedergehende Schutztruppe des Kapitals. Die gewaltige Kraft von Millionen proletarischer Kämpfer wird zusammen mit den Ausbeutern auch Euch, ihre Lakaien wegfegen."

Dortmund, den 3.4.74

gez. Norbert Böhmer

Programmatrischer Aufruf

Fortsetzung von S.2

Gegen hunderte von Genossen laufen Verfahren wegen Unterzeichnung und Verteilung revolutionärer Flugblätter, in denen der Unterdrückungs- und Ausbeutungscharakter des westdeutschen Imperialistenstaates aufgezeigt und die Notwendigkeit eines gewaltsamen Sturzes und der Errichtung der Arbeitermacht über die alten Ausbeuter propagiert wurde.

Gegen Presseverantwortliche der KPD/ML und anderer revolutionärer Organisationen werden serienweise Prozesse wegen "Beleidigung" und "Verunglimpfung" des Staates geführt, weil sie über dieses System die Wahrheit schrieben.

Durch ungeheuerliche Geldstrafen gegen führende Kommunisten, wie gegen den Vorsitzenden der KPD/ML, den Genossen Ernst Aust, sollen revolutionäre Organisationen finanziell ruiniert und so im Kampf behindert werden. Gegen Genossen Ernst Aust wurden allein in den letzten 9 Monaten etwa 15 000 DM an Geldstrafen verhängt.

Die Bourgeoisie verbietet Kundgebungen, Demonstrationen und Veranstaltungen von Kommunisten und fortschrittlichen Organisationen wie der CISNU, auf denen die Revolutionäre den Massen ihre Ansichten erläutern und für ihre Ziele eintreten.

Durch maßlosen Prozeßterror versucht die Bourgeoisie eine Entwicklung aufzuhalten, die nicht aufzuhalten ist: Das Platzgreifen revolutionärer Anschauungen und Ziele unter den werktätigen Massen Westdeutschlands und Westberlins.

Gegen all diese Angriffe nimmt die ROTE HILFE den Kampf auf unter der Losung:

Freiheit für die revolutionäre Agitation und Propaganda !

Mit wachsendem Terror begegnet die Bourgeoisie revolutionären Organisationen. Sie hat sich schon vor Jahrzehnten Mittel geschaffen, durch deren Anwendung sie jeden organisierten revolutionären Kampf, insbesondere den Kampf der Kommunistischen Partei, zerschlagen will:

Das KPD-Verbot und den Terrorparagrafen (§129) "kriminelle Vereinigung", der ausschließlich als Mittel gegen revolutionäre und fortschrittliche Organisationen eingesetzt wird, auch gegen die ROTE HILFE.

Die Unterdrücker wenden immer wütender ihren faschistischen Terror an, je mehr der Kampf fortschreitet und je organisierter und klarer das Ziel der Arbeiterklasse und aller Werktätigen: die Befreiung der Werktätigen vom Joch der kapitalistischen Knechtschaft durch die gewaltsame Revolution in unserem Land verfochten wird.

Gegen diese Versuche der Bourgeoisie, das Rad der Geschichte aufzuhalten und ihre Herrschaft durch Verfolgung und Terror noch ein Weilchen zu retten, kämpft die ROTE HILFE unter den Hauptparolen:

Weg mit dem KPD-Verbot ! Weg mit dem faschistischen Terrorparagrafen 129 ! Hände weg von den fortschrittlichen und revolutionären Organisationen !

Besonderen Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen sind die Soldaten der Bundeswehr ausgesetzt. Die Bourgeoisie versucht mit allen Mitteln die fortschreitende Zersetzung ihrer Streitkräfte, auf

die sie letzten Endes allein ihre Macht baut, zu verhindern. Die Auflehnung der Soldaten gegen unmenschliche Behandlung, Kadavergehorsam und hirnlosen Drill, gegen Militarismus und imperialistischen Krieg, wächst mächtig an. Mit Verfolgung und Terror gegen revolutionäre und fortschrittliche Soldaten will die Bourgeoisie den Kampf der Soldaten brechen. Die ROTE HILFE gibt allen, die wegen ihrer politischen Arbeit in der Bundeswehr verfolgt und terrorisiert werden solidarische Hilfe, und steht fest an ihrer Seite. Sie kämpft für die freie politische Betätigung in den Kasernen.

In den Gefängnissen der Deutschen Bundesrepublik gibt es von Tag zu Tag mehr politische Gefangene. Mit verbrecherischen Foltermethoden, die, wie die Isolationshaft, die völlige physische und psychische Vernichtung der Gefangenen bewirken sollen, will der Klassenfeind die revolutionäre Gesinnung dieser Menschen brechen und die Massen in ihrem Kampfwillen einschüchtern.



Bullen prügeln im Kieler Gericht beim Neumann - Prozeß auf Zuhörer ein

Die ROTE HILFE kämpft energisch gegen diese verbrecherischen Methoden des Klassenfeindes. Sie unterstützt die eingekerkerten Genossen, und verbindet sie nach Kräften über Kerkermauern hinweg mit der Massensolidarität des kämpfenden Volkes. So gibt die ROTE HILFE diesen Genossen die Kraft, auch unter schwierigsten Bedingungen im Kerker des Klassenfeindes den Klassenkampf fortzuführen. Die ROTE HILFE kämpft für die Verbesserung der Kampfbedingungen der eingekerkerten Genossen, aber ihr Ziel ist nicht die Verbesserung sondern die Aufhebung der Haft. Unter der Parole

Freiheit für alle politischen Gefangenen !

kämpft sie für die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen. Unter dieser Hauptparole kämpft die ROTE HILFE in besonderem Maß auch gegen die barbarische Isolationsfolter. Ebenso kämpft sie gegen die brutale Ausbeutung und oft un-menschliche Unterdrückung aller Gefangenen.

Besonderen Terror entfaltet die Bourgeoisie gegen unsere ausländischen Kollegen und Genossen. Durch das neue reaktionäre Ausländergesetz hat sie sich eine Handhabe gegen alle fortschrittlichen Ausländer zurechtgelegt, die an den Rassismus des Dritten Reiches erinnert. In Nacht- und Nebelaktionen werden ausländische Arbeiter und Studenten verhaftet, in Abschiebehaft genommen, und ihren faschistischen Henkern im Iran, der Türkei, Griechenland und anderswo ausgeliefert. So soll z.B. der deutsche Kommunist Sascha Haschemi, der einen persischen Vater hat, den Henkern des Schah ausgeliefert werden. Abgeschoben werden soll auch Baha Targün, ein türkischer Revolutionär und Streikführer beim Fordstreik in Köln, und viele andere. Die Generalunion palästinensischer Arbeiter (GUPA) und Studenten (GUPS) wurden bereits verboten, der CISNU, der antiimperialistischen, patriotischen iranischen Studentenorganisation, droht ebenfalls ein Verbot. In diesen Kampf greift die ROTE HILFE ein mit den Forderungen:

Kampf dem Abschiebungsterror gegen fortschrittliche Ausländer ! Sofortiges Asylrecht für verfolgte ausländische Kollegen und Genossen ! Hände weg von revolutionären und fortschrittlichen ausländischen Organisationen !

Fortsetzung S.6

Sascha muss in Deutschland bleiben

Genosse Sascha, 20 Jahre, Aktivist der Roten Garde München, ist Deutscher, auch wenn er einen iranischen Paß besitzt. Als Sohn einer Deutschen und eines Persers ist er in München geboren und aufgewachsen. Er spricht kein Wort persisch, den Iran kennt er nur aus Erzählungen seines Vaters. Mit 18 Jahren bereits stellte er Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft. Vor Jahren, als Sascha noch ein Kind war, erklärte selbst die bürgerliche Justiz seinen Eltern: "Sascha ist deutscher Nationalität!" Heute aber, wo er zum Kommunisten herangewachsen ist, wo die Bourgeoisie in ihm einen unerbittlichen Feind erkannt hat, der mutig für die Interessen der Arbeiterklasse kämpft, stempelt sie ihn zum "Ausländer". SASCHA SOLL AUSGEWIESEN WERDEN ! Die werktätigen Massen zwangen die westdeutschen Imperialisten nach dem 2. Weltkrieg, die Todesstrafe abzuschaffen. Nur zu gern bedienen sich diese Herren heute der Folterkammern des faschistischen Schahregimes, um einen deutschen Kommunisten zu vernichten. Denn eine Ausweisung nach Persien würde mit Sicherheit den Tod bedeuten. (Aus: Roter Morgen 6/74)

Im Februar wurde Sascha Haschemi zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er am Roten Antikriegstag 1972 trotz Demonstrationsverbot gegen den imperialistischen Krieg demonstrierte. Seine sichere Abschiebung vor Augen, tauchte er unter und setzt seinen Kampf in der Illegalität fort. Seither mobilisieren die KPD/ML und auch die ROTE HILFE täglich neue Kräfte für die Solidarität mit Sascha Haschemi. Überall in Westdeutschland und West-Berlin wurden Unterschriften und Protesterkklärungen für Saschas Einbürgerung gesammelt. (Bis heute fast 15 000 Unterschriften)

FÜR DIE SOFORTIGE EINBÜRGERUNG VON SASCHA HASCHEMI !

Programmatischer Aufruf

Fortsetzung von S.5

Weg mit den reaktionären Ausländergesetzen !

Neben der Unterstützung aller politisch verfolgten Ausländer in Westdeutschland, unterstützt die ROTE HILFE nach Kräften den Kampf der Völker um ihre Befreiung von der mörderischen Unterdrückung und Ausplünderung durch den Imperialismus. Besonders steht sie den Völkern und ihren revolutionären Befreiungsbewegungen, bzw. den Arbeitern anderer Länder dort bei, wo die Bourgeoisie gegen die immer machtvolleren Kämpfe der Völker als letztes Mittel faschistischen Terror wie die Ermordung Salvador Puig Antichs in Spanien oder die Folterung und Ermordung von dutzenden Patrioten in Persien und in anderen Ländern einsetzt. Sie reiht sich ein in die Front der Arbeiter aller Länder und Völker der Welt zum Kampf gegen imperialistische Unterdrückung.

Hoch die internationale Solidarität ! Es lebe der proletarische Internationalismus !

Ein weiterer Ausdruck der verschärften Reaktion der Bourgeoisie auf das Anwachsen des revolutionären Klassenkampfes sind die zahlreichen politischen Entlassungen der letzten Zeit. Oppositionelle Betriebsräte wie Rudi Wischniewski bei Opel-Bochum, wie bei Bänninger in Gießen und an anderen Orten, zahlreiche Kollegen, die sich beim Streik hervorgetan haben, oder als Revolutionäre bekannt sind, Jugendvertreter, die sich eingesetzt haben, Genossen revolutionärer Organisationen: Immer wieder werden Kollegen und Genossen von den Kapitalisten in Zusammenarbeit mit den reaktionären Gewerkschaftsführern gefeuert, weil sich die Bourgeoisie nur noch durch diesen Terror gegen die immer stärkere revolutionäre Unruhe in den Betrieben zu helfen weiß.

Auch in anderen Bereichen werden zahlreiche Menschen wegen revolutionärer Gesinnung gefeuert und mit Berufsverboten bestraft, vor allem zahlreiche Lehrer. Revolutionäre und fortschrittliche Rechtsanwälte werden mit allen möglichen Methoden terrorisiert, bespitzelt, unter Druck gesetzt, und unter fadenscheinigen Gründen von Verteidigungen ausgeschlossen.

Überall hier greift die ROTE HILFE ein. Sie unterstützt den Kampf für die sofortige Wiedereinstellung der Entlassenen, organisiert den solidarischen Kampf und schafft auch materielle Hilfe für entlassene Werktätige und ihre Familien, genauso wie sie das bei Angehörigen eingekerkelter Genossen tut.

Die ROTE HILFE ist keine Caritas, die Almosen gibt und Heftpflaster auf die vom Klassenfeind geschlagenen Wunden klebt. Sie ist vielmehr eine Kampforganisation gegen die politische Unterdrückung. Sie bittet nicht um "Gerechtigkeit" beim Klassenfeind, die es sowieso nicht gibt, sondern ruft auf zur Rebellion gegen das blutige Unrecht des kapitalistischen Unterdrückersystems. Sie beschränkt sich nicht auf die Verteidigung gewisser demokratischer dem Klassenfeind abgetrotzter Rechte, sondern unterstützt offen alle Bestrebungen, die zum revolutionären Sturz der Bourgeoisie durch das Proletariat führen. Die ROTE HILFE verläßt sich in ihrem Kampf nicht in erster Linie auf juristische und an-

dere Spezialisten, sondern auf die gewaltige Kraft der proletarischen Massensolidarität.

In Betrieben, Kasernen, Schulen und Hochschulen organisiert die ROTE HILFE durch Unterschriften- und Geldsammlungen und Protestaktionen und andere Maßnahmen den Kampf gegen die Unterdrückung. In den Wohnvierteln und auf den Straßen führt sie Kundgebungen und Demonstrationen durch. Sie verwandelt die Säle der bürgerlichen Gerichte in Orte, an denen revolutionäre Tribunale gegen die politische Unterdrückung stattfinden. Sie klärt die Masse der Werktätigen über die politische Unterdrückung auf und organisiert sie zum solidarischen Kampf.

Die ROTE HILFE bekämpft die Lüge von der "Gerechtigkeit" bürgerlicher Gerichte, von der neutralen Haltung des Staates gegen den Klassenkampf, von der Möglichkeit der Versöhnung mit den Todfeinden, wie die D'K'P-Führer verbreiten.

Sie bekämpft solche Illusionen, denn sie dienen dazu, die Unterdrückerherrschaft zu verewigen und das Volk weiter unter die Knute der Imperialisten zu pressen. Die D'K'P-Führer betreiben die Politik der Versöhnung mit dem Klassenfeind. Folgerichtig arbeiten sie mit ihm zusammen. Sie verschleiern systematisch das Wesen der politischen Unterdrückung, indem sie nur von einigen "Übergriffen", also Verstößen des Kapitals gegen seine



Plakat des Solidaritätskomitees in Paris 1972:
"FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN IN WESTDEUTSCHLAND!
FREIHEIT FÜR DIE KPD/ML UND DIE REVOLUTIONÄREN GRUPPEN!

NIEDER MIT DER REAKTIONÄREN SPD-REGIERUNG!"

eigenen Gesetze reden. Das sind Leute, die Revolutionäre denunzieren, und für ihren Rauswurf aus Betrieb und Gewerkschaft eintreten, Leute, die die Revolutionäre hetzerisch als "Chaoten" und "Maoten" bezeichnen, Leute, die ein faschistisches Regime wieder sowjetischen Sozialimperialismus als "Sozialismus" verkaufen wollen. Das sind Feinde der Revolution und Freunde der Unterdrücker. Sie und ihre Spießgesellen bekämpft die ROTE HILFE! Solche Leute haben in unseren Reihen nichts zu suchen. Jeder Arbeiter aber, jede Hausfrau, jeder Werktätige, jeder fortschrittliche Mensch, der den Kampf gegen politische Unterdrückung tatkräftig führen will, der sich aktiv in die breite Front der Massensolidarität einreihen will, gehört unabhängig von Parteizugehörigkeit in die ROTE HILFE.

Mitglied ist, wer das Programm der ROTEN

HILFE anerkennt und regelmäßig Beitrag bezahlt. Auf regelmäßigen Mitgliederversammlungen werden die verantwortlichen Leitungen gewählt und die Politik der ROTEN HILFE im Rahmen ihres Programms festgelegt.

Wir kämpfen darum, daß die vielen ROTE-HILFE-Gruppen, die es heute noch in Westdeutschland und Westberlin gibt, sich in einer einheitlichen ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS zusammenschließen. Nur eine solche fest zusammengeschlossene, zentralisierte, gegliederte Organisation vermag die vielfältigen und großen Kampfaufgaben auf die Dauer zu bewältigen, die vor uns stehen, vermag das Ziel zu verwirklichen, das wir uns gesteckt haben, eine ROTE HILFE, in der sich tausende und zehntausende von Werktätigen zusammenschließen zum Kampf gegen die politische Unterdrückung.

Kampf um die Einheit der ROTEN HILFE - Bericht von der Bochumer Konferenz

Fortsetzung von S.1

te SDS-Funktionäre, gescheiterte Führer von Zirkelorganisationen, und ähnliche Existenzen bei denen sich nicht selten unter dem Deckmantel des Spontaneismus und Anarchismus der nackte Revisionismus und Trotzismus findet, versuchten die ROTE HILFE Gruppen unter ihre Fuchtel zu bekommen. Gemeinsam war ihnen die Leugnung der Klassegegensätze und des Klassenkampfes. Statt den unveröhnlichen Klassenkampf der Arbeiterklasse gegen die politische Unterdrückung zu unterstützen bewunderten sie jeden der für seine Interessen kämpferisch eintritt. Kader sind für sie nicht etwa die Revolutionäre, sondern jeder Beamte an seinem Platz. Diesem klassenneutralen Gewäsch entspricht ihr Versuch, die Arbeit der ROTEN HILFEN auf die "Knastarbeit" zu beschränken. "Knastarbeit" bedeutet bei ihnen das Verschicken von Päckchen und unpolitischen Karten an irgendwelche Gefangene, wobei sie kriminelle und politische Gefangene entsprechend ihrer klassenneutralen Ideen gleich behandeln. "Freiheit für alle Gefangenen" - diese Losung verteidigen sie mit Fahnen und Klauen gegen die korrekte revolutionäre Losung "Freiheit für alle politischen Gefangenen". Gerade in ihrer Auffassung von "Knastarbeit", die auf nichts als Caritas hinausläuft, zeigt sich der wahre Charakter der Anarchisten, Spontaneisten und Trotzisten: Wasserträger des modernen Revisionismus. Aber je mehr der Kampf voranschritt, um so klarer entlarvten sich ihre konterrevolutionären Absichten, umso mehr Gruppen der RH bekannten sich klar zu einer revolutionären Linie der RH-Arbeit, umso mehr neue Revolutionäre RH-Gruppen entstanden. Zunächst versuchten die konterrevolutionären Führer die Entwicklung dadurch aufzuhalten, daß sie die Latrinenparole "Nur Knastarbeit" ausgegeben haben. Damit sollte verhindert werden, daß sich die RHs auf den Kampf gegen die Verbote der revolutionären Agitation und Propaganda sowie gegen die drohenden Verbote der revolutionären Organisationen auf den Kampf gegen politische Entlassungen und Berufsverbote usw orientieren und mit den Massen verbinden. Aber in ihrem letzten Papier, das die Führer der Kölner und anderer RH-Gruppen die der Konterrevolution anhängen verbreiteten, müssen sie zugeben, daß ihr Konzept "nur Knastarbeit" völlig gescheitert ist. Sie wollen nunmehr auch Stadtteil und Betriebsarbeit machen, weil sie sonst ihr spalterisches Werk nicht mehr verrichten können.

Bereits in der Vorbereitung der zentralen Konferenz zeigte sich deutlich, daß die antikommunistischen Führer keinerlei Interesse an der Stärkung der RH, sondern lediglich Interesse an der Stärkung oder doch wenigstens Bewahrung ihrer eigenen Position haben. So brachten sie z.B. auf einer Regionalkonferenz in NRW eine Resolution gegen die Außenpolitik der VR China ein, nachdem sie vorher eine Diskussion über Probleme der politischen Unterdrückung mit dem Hinweis "nur Knastarbeit" abblocken wollten. Diese Resolution sollte nur einen Zweck haben: Die Revolutionäre, die unsolidarische Angriffe auf die VR China nicht zu dulden bereit sind, sollten von der Konferenz verscheucht werden. In den letzten Wochen und Monaten wurde den konterrevolutionären Häuptlingen klar, daß ihre Machtposition in der ROTEN HILFE ganz ernsthaft in Gefahr war. Sie starteten eine

Rundreise, um die Gruppen soweit möglich auf folgende Positionen einzuschwören: "Leninistische Parteien dagegen haben stets grundsätzlich nicht nur von den Massen getrennt, sondern gegen die Bedürfnisse und Interessen gerade der revolutionären Teile der Bewegung operiert. Die Partei, auch die leninistische ist eine bürgerliche Organisationsform und paßt in keiner Weise zu den Erfordernissen der sozialistischen revolutionären Bewegung." (Kölner Papier, fast wörtlich; gleiche Papiere sind aus Frankfurt, Westberlin und ähnlich aus Bochum vorhanden).

Die RH als Kampforganisation gegen den Marxismus-Leninismus und die kommunistische Partei, das waren die Ziele dieser Herrschaften.

Während in allen Orten Westdeutschlands sich der Kampf gegen das Verbot revolutionärer Agitation und Propaganda entfaltete, während überall gegen die Angriffe auf revolutionäre Organisationen



Demonstration für die Freilassung von Günter Wagner, kommunistischer Thyssen - Arbeiter, der am 29.10.73 von der Polizei verschleppt wurde.

eine Front entstand, während immer mehr Menschen sich gegen die Angriffe auf unsere ausländischen Kollegen und Genossen zusammenschließen, während der Kampf gegen politische Entlassungen und Berufsverbote immer mehr zunimmt, während sich die Bewegung organisierte und zusammenschloß und überall neue Gruppen entstanden arbeiteten konterrevolutionäre Kräfte fleißig an der Zerstörung der RH.

Sie versuchten den Vertrieb der ROTE-HILFE-Zeitung Nr.22 zu boykottieren, weil ihr Inhalt revolutionär und an der Arbeiterklasse orientiert war. So wurden von verschiedenen Häuptlingen die Zeitungen verbrannt, aber natürlich nicht bezahlt, unbrauchbar gemacht, zurückgeschickt usw. Schließlich zimmerten sie sich zur Konferenz eine Fraktion zusammen, deren einzig verbindendes Element der Antikommunismus ist, bzw war. Bereits jetzt, wenige Tage nach Abschluß der Konferenz, kann



man sehen, daß sie nun wie die Wölfe über einander herfallen. Diese Leute haben immer geschrien, die Gruppe Rote Fahne bzw die Rote Hilfe e.V. würde spalten. Aber selbst haben sie sich ganz genauso verhalten wie diese Leute. Sie schufen eine Spaltergruppe in Bielefeld neben der bestehenden RH. Sie schleiften zwei Spaltergruppen aus Hamburg zur Konferenz: Schwarze Hilfe Hamburg und Schwarzkreuz Altona, die eilends noch getrennt wurden damit es eine Stimme mehr gibt. Beide wurden spalterisch neben der ROTEN HILFE Hamburg gegründet. Aus München erschienen Typen zur Konferenz, die vor einem Jahr freiwillig die RH aufgelöst haben, weil ihnen der Staatsanwalt mit Maßnahmen gemäß §129 - Kriminelle Vereinigung - gedroht hatte, und wollten Stimmrecht.

In dieser Liste geht es weiter. Mit anderen Worten: die konterrevolutionären Häuptlinge hatten zur Bochumer Konferenz alles, was sie in Westdeutschland an anarchistischen und spontaneistischen Kräften aufreiben konnten, als Stimmvieh für ihre finsternen Absichten mobilisiert. Unmittelbar zu Beginn der Konferenz, bei Feststellung der Stimmberechtigung bereits, wurden die bürgerlichen Machenschaften dieser Leute bloßgelegt.

Verlauf der Bochumer Konferenz

Das Tagespräsidium hatten damalige SDS- und Zirkelfunktionäre der Studentenbewegung aus Frankfurt und Bochum okkupiert. Nach Manier von Revisionisten und Trotzisten versuchten sie zunächst mit Hilfe von Tagesordnungstricks die Mehrheiten zu ihren Gunsten zu manipulieren. Sie verlangten: Stimmrecht nur für die Leute, die auch auf der letzten Konferenz waren. Als sie feststellen mußten, daß damit von ihren eigenen Leuten auch die Hälfte keine Stimme haben würde, änderten sie schnell: Wer überhaupt schon mal auf einer Konferenz war, soll Stimm-

Fortsetzung S.8

Kampf um die Einheit der ROTEN HILFE - Bericht von der Bochumer Konferenz

Fortsetzung von S.7

recht haben. Als die Revolutionäre entlarvten, daß dies nur ein billiges Manöver sei, um revolutionäre entstandene RH-Gruppen nicht stimmen zu lassen, entstand ein riesiges Geschrei unter den Führern der konterrevolutionären Fraktion. Die revolutionären Delegierten verlangten einen Bericht ALLER neu hinzugekommenen Gruppen über ihren Kampf, um auf der Grundlage zu entscheiden. Jedoch brachten die Herren vom "Präsidium" klar zum Ausdruck, daß es sie in keiner Weise interessierte, gemäß der Einladung zur Konferenz möglichst viele neu entstandene Gruppen in die Arbeit einzubeziehen. Denn von diesen Gruppen vermuteten sie zu Recht, daß sie es nicht zulassen würden, die Arbeit der ROTEN HILFE auf das Niveau einer "Knast"- Caritas herabzuzerren. Sämtliche neuentstandene Gruppen vertreten vielmehr die Auffassung von der RH als revolutionäre Kampforganisation der Arbeiterklasse gegen die politische Unterdrückung, die an allen Fronten kämpft, wo politische Unterdrückung vom Klassenfeind ausgeübt wird: Gegen politische Entlassungen und gegen das Verbot revolutionärer Agitation und Propaganda, ebenso wie gegen die Abschiebung fortschrittlicher Ausländer und die Isolationsfolter in den Gefängnissen. Hier zeigte sich klar die Kraft der revolutionären Linie in der RH-Arbeit, welche neue Gruppen ent-

auch ihr Auftreten. Sie köpften als erste Tat Whiskyflaschen, um sie schnellstens zu leeren, sie brüllten und trampelten, wenn Revolutionäre das Wort ergriffen, sie erhoben stets eilfertig die Hand, wenn ihre Häuptlinge sie als Stimmvieh benötigten. Dort befanden sich Leute, die ernsthaft brieflich den Roten Helfern empfohlen haben, von der Sozialfürsorge zu leben, mit der Begründung, sonst hätte man keine Zeit für politische Arbeit. Im Verlauf der Diskussion um den Antrag auf Ausschluß von Vertretern einer revolutionären Minderheitsfraktion aus Frankfurt von der Konferenz, mußten dann die Konterrevolutionäre endgültig die Maske fallen lassen. Als auf einen Zuruf eines Anarchisten: "Schmeißen wir die MLer (gemeint waren die Kommunisten und ihre Sympathisanten) doch gleich alle raus!" entlarvt wurde, daß es den Häuptlingen aus Bochum und Frankfurt und ihrem Anhang nur um die Spaltung und Zerstörung der RH geht, um die revisionistische und trotzkistische Zersetzung dieser Organisation, mußten sie Farbe bekennen. Die Bochumer und Frankfurter Führer stellten folgenden Antrag "Die Konferenz der Roten Hilfe beschließt, die Genossen der KPD/ML und ihre Sympathisanten auszuschließen. Der Grund ist, daß diese Genossen die Roten Hilfen für ihre bornierten

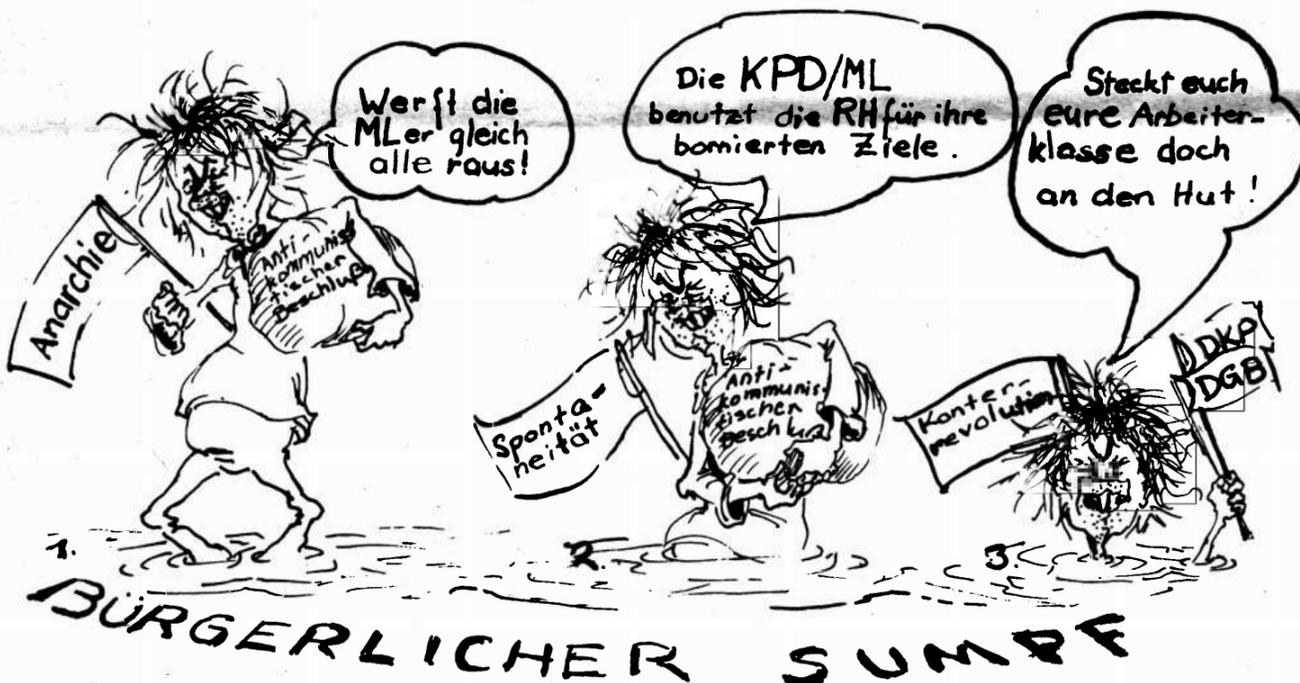
einer Zusammenarbeit im Kampf gegen politische Unterdrückung. Antikommunistenbeschlüsse jedoch, hier stellt sich die Trennlinie. Wer seine Hauptaufgabe im Kampf gegen die Kommunisten sieht, der steht im Lager des Feindes, der hat in der RH nichts verloren, Aus diesem Grunde forderte die Delegation der RH -Dortmund alle Revolutionäre auf, an dieser Abstimmung nicht teilzunehmen, sondern den Saal zu verlassen und die Konferenz ohne diese feindlichen Elemente fortzusetzen. Darauf verließ etwa die Hälfte der Anwesenden den Saal. Darunter die Delegierten der RHs Dortmund, Hamburg, Heidenheim, Gelsenkirchen-Wattenscheid, Marburg, Bielefeld, Aufbaukomitee München und Münster, außerdem zahlreiche Vertreter von Minderheitsfraktionen sowie Beobachter.

Sieg der revolutionären Linie

Die Konferenz konnte danach erst praktisch wirklich beginnen. Nach der Bestimmung einer Diskussionsleitung wurde zuerst der Beschluß aufgehoben, daß nur Gruppen Stimmrecht haben sollten, die bereits bei einer Konferenz dabei waren. Vielmehr erhielten alle Gruppen Stimmrecht, die tatsächlich als ROTE HILFEN oder noch wie München und Münster als Aufbaukomitees den Kampf gegen politische Unterdrückung führen. Die Konferenz beriet als Kernstück über den Entwurf eines programmatischen Aufrufs der ROTEN HILFE, der von der RH Dortmund vorgelegt worden war. Diese Beratung hatte die Verabschiedung eines korrigierten und erweiterten Aufrufs zur Folge, der als Entwurf die grundlegende Linie der weiteren Arbeit der RH klar auf das Ziel der sozialistischen Revolution ausrichtet und sich einreihet in die Front aller, die für den bewaffneten Sturz der Ausbeuterordnung und die Errichtung der Herrschaft der werktätigen Massen über ihre alten Ausbeuter eintreten.

Im programmatischen Aufruf heißt es: "Dem weißen Terror der herrschenden Klasse, die mit aller Macht ihre Herrschaft behaupten will, setzt die ROTE HILFE die Waffe der proletarischen Klassensolidarität entgegen. Die Waffe der Einheit von tausenden und Millionen Werktätigen, unter Führung der Arbeiterklasse im Kampf für die Befreiung vom kapitalistischen Joch durch die bewaffnete Revolution. Die ROTE HILFE ist eine revolutionäre Massenorganisation der Arbeiterklasse. Im Kampf gegen die politische Unterdrückung leistet sie ihren Beitrag zum Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung und zur Errichtung der Arbeitermacht, des Sozialismus. Die ROTE HILFE ist keine Caritas, die Almosen gibt und Heftpflaster auf die vom Klassenfeind geschlagenen Wunden klebt. Sie ist vielmehr eine Kampforganisation gegen die politische Unterdrückung. Sie bittet nicht um "Gerechtigkeit" beim Klassenfeind, die es sowieso nicht gibt, sondern ruft auf zur Rebellion gegen das blutige Unrecht des kapitalistischen Unterdrückersystems."

Fortsetzung S.9



sthen ließ, während die verfaulende konterrevolutionäre Linie zunehmend isoliert dastand. Mit ihrem verzweifelten Kampf in der Stimmrechtsfrage, um die gefährdete Mehrheit zu retten, gestanden die konterrevolutionären Häuptlinge in Wirklichkeit ihre vollkommene Niederlage in der RH-Bewegung ein. An "Argumenten" konnten sie den Revolutionären nur entgegen halten: "Fick doch mal wieder" oder "steckt euch eure Arbeiterklasse doch an den Hut" oder "wo tobt denn der verdammte Klassenkampf" und ähnliches mehr. Man kann sagen, daß die dort anwesenden Vertreter des Anarchismus und Spontaneismus, die verkappten Revisionisten und Trotzkisten, die abgehalfterten Studentenführer tatsächlich das letzte Aufgebot dieser Kräfte in der RH-Bewegung darstellten. So schmutzig und widerlich die Rolle dieser Leute als Agenten des modernen Revisionismus und des Trotzkismus in der RH-Bewegung war, so widerlich war z.T.

Prteiziele instrumentalisieren wollen."

Diese Resolution kommt den Antikommunistenbeschlüssen der DGB-Führer gleich. Sie gehen in genau die gleiche Richtung: einen Trennstrich zu den "bornierten Parteiziele", das bedeutet, zur proletarischen Revolution ziehen. Dieser Antrag enthüllt, daß wir es bei den Frankfurter und Bochumer Führern und andere ihres Kalibers mit Vertretern des Klassenfeindes zu tun haben. Dieser Antrag zeigt, daß mitten durch die ROTE HILFE der Graben zwischen Revolution und Konterrevolution, zwischen Bourgeoisie und Proletariat verlief. Ein solcher Antrag kann nicht mit irgendeiner Mehrheit "verabschiedet" werden. Ob man die Revolution will oder nicht, das ist eine Klassenfrage, die ist durch Abstimmung nicht zu lösen. Man kann den Kommunismus kritisieren, anderer Anschauung sein, das hindert, wie die revolutionären Delegierten immer wieder betonten nicht an

Kampf um die Einheit der ROTEN HILFE - Bericht von der Bochumer Konferenz

Fortsetzung von S. 8

Sie beschränkt sich nicht auf die Verteidigung gewisser demokratischer dem Klassenfeind abgetrotzter Rechte, sondern unterstützt offen alle Bestrebungen, die zum revolutionären Sturz der Bourgeoisie durch das Proletariat führen. Die ROTE HILFE verläßt sich in ihrem Kampf nicht in erster Linie auf juristische und andere Spezialisten, sondern auf die gewaltige Kraft der proletarische Massensolidarität.

In Betrieben, Kasernen, Schulen und Hochschulen organisiert die ROTE HILFE durch Unterschriften- und Geldsammlungen, durch Protestaktionen und andere Maßnahmen den Kampf gegen die Unterdrückung.

In den Wohnvierteln und auf den Straßen führt sie Kundgebungen und Demonstrationen durch. Sie verwandelt die Säle der bürgerlichen Gerichte in Orte, an denen revolutionäre Tribunale gegen die politische Ungerdrückung stattfinden. Sie klärt die Masse der Werktätigen über die politische Unterdrückung auf und organisiert sie zum solidarischen Kampf."

Die Konferenz beschloß, daß als nächster Schritt die Schaffung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS in Westdeutschland und Westberlin absolute Notwendigkeit ist, wollen wir unseren Aufgaben gerecht werden.

Die Konferenz beschloß, daß der nächste zentrale Kongreß der Gründungskongreß der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS sein wird, der ein endgültiges Programm, eine Satzung verabschiedet und einen Vorstand wählen wird.

Zur Vorbereitung des Gründungskongresses der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS und zur Koordinierung der Vorbereitungen der Orte sowie der laufenden Arbeit wurde ein provisorischer Zentralvorstand aus drei Genossen gewählt. Die Konferenz beschloß, daß zunächst unter Leitung des provisorischen Zentralvorstandes die Zeitung ROTE HILFE weiter herausgegeben wird. In der Nr. 24 (vorliegende Ausgabe) werden der programmatische Aufruf sowie die Resolutionen und Entschlüsse der Konferenz veröffentlicht.

Wir können feststellen, daß die Bochumer zentrale Konferenz der RH-Gruppen ein großer Sieg der revolutionären Linie war.

Die Anarchisten- und Trotzlistenführer und sehr viele von diesen deklassierten Elementen selbst haben mit der Revolution nichts im Sinn. Indem sie von der weiteren Teilnahme an der Konferenz wegen ihrer konterrevolutionären Machenschaften ausgeschlossen bleiben, reinigte sich die ROTE HILFE von Unrat und Fäulnis, und verhinderte, daß ihr Name weiterhin mit Dreck besudelt wird.

Diese Konferenz hat die ganze Erbärmlichkeit und Schwäche der Versuche des Klassenfeindes an Tageslicht gebracht, die dazu dienen sollen, den Aufbau einer starken einheitlichen ROTEN HILFE zu verhindern, die verhindern sollen, daß wir heute an die Tradition der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS der dreißiger Jahre anknüpfen, welche die Bourgeoisie fürchtet und haßt. Sie mag zeitweilig zu einer Schwächung der RH in einigen Orten in organisatorischer Hinsicht führen. Insgesamt jedoch geht die ROTE HILFE aus dieser

Auseinandersetzung gestärkt und gereinigt und mit scharfen Waffen ausgerüstet hervor.

Das Ergebnis der Bochumer Konferenz ist, daß sich die Frage: Reform oder Revolution? in der ROTEN HILFE Bewegung auf einem neuen Niveau stellt. Die revolutionären Kräfte in der RH-Bewegung haben sich auf der Grundlage des programmatischen Aufrufs zusammengeschlossen und werden sich weiter zusammenschließen. Auf der Seite der "Reform", des Revisionismus, aber findet sich eine bunte Reihe von den anarchistischen und trotzkistischen Elementen bis hin zur sogenannten "RH e.V.". Diese Leute haben die RH-Bewegung schon früher gespalten und versuchen, eine revisionistische und rechtsopportunistische Linie in die Bewegung zu tragen. Sie wollen die RH zu einer "demokratischen Abwehrorganisation" gegen die "fürchterlichen" Schläge des Klassenfeindes machen. Sie wollen sie zu einer Organisation bürgerlicher Spezialisten machen. Das wird ihnen nicht gelingen; denn die Fortsetzung der RH-Konferenz hat mit dem programmatischen Aufruf bereits die Waffe gegen den Revisionismus der "e.V." - Führer geschmiedet und ihre Niederlage besiegelt. Bei der Diskussion dieses Aufrufes und durch den praktischen Kampf der revolutionären ROTEN HILFE werden sich auch in der "RH e.V." die Geister scheiden.



So sieht die "Überparteilichkeit" der "RH e.V." aus.

(aus der Zeitung der "e.V." 2/74 zum Frankfurter Häuserkampf)

Wir rufen alle Genossen der sogenannten "RH e.V." auf: Studiert unseren programmatischen Aufruf! Kritisiert den Opportunismus eurer Führer! Erkämpft die Einheit der ROTEN HILFE, indem ihr eure opportunistischen Führer davonjagt und euch den revolutionären ROTE HILFE -Gruppen anschließt und am Aufbau der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS mitarbeitet.

Vorwärts zur Roten Hilfe Deutschlands!

Freispruch für Bernward und Uwe

Am 1. januar letzten Jahres prangten vor mehreren Brackweder Betrieben die Parolen der KPD/ML:

- Für alle Metaller 1,50DM = 20%
- 1250,-DM Mindestlohn - KPD/ML
- Mit der Klasse - für die Klasse KPD/ML

und:

- Stoppt den Bombenterror in Vietnam!
- Nieder mit dem US-Imperialismus!
- Vorwärts mit der KPD/ML!

Jetzt wird gegen die beiden Genossen Bernward S. und Uwe T. wegen dieser Parole ein Prozeß wegen "Sachbeschädigung" vorbereitet. Schon zum 18. Februar dieses Jahres war ein Prozeßtermin angesetzt worden. Aber angesichts der breiten Solidarität für die Genossen wagte es die Klassenjustiz nicht, den Prozeß sofort durchzuführen.

Die Solidarität zeigte sich schließlich durch die Unterstützung der 60 Zuschauer, die zum Prozeß gekommen waren. Sie wurden nicht in den extra kleinen Gerichtssaal, der vorher zum größten Teil mit Spitzeln und Zivilbullen besetzt worden war, eingelassen. Deshalb brachten die Zuschauer ihre Sympathie mit den Angeklagten zum Ausdruck, indem sie die Öffentlichkeit der Verhandlung forderten.

Der Prozeß wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

Begründung: Man habe vergessen, den "Sachverständigen" zu laden, der die Übereinstimmung der Wandfarbe mit einigen bei den Angeklagten gefundenen Farbproben beweisen sollte.

Aber auch mit solchen Tricks konnte die Klassenjustiz nicht verhindern, daß die Solidarität mit den verfolgten Genossen zunimmt. Das Malen von kommunistischen Parolen ist keine "Kriminelle Handlung", oder "Sachbeschädigung" wie die Klassenjustiz es dem Volk weismachen will, indem sie die angeklagten Genossen als Schmierer diffamiert.

Der Kapitalistenklasse und ihrer Klassenjustiz geht es garnicht um Sachbeschädigung, sondern um den Inhalt der Parolen. Die Strafandrohung gegen die Genossen soll eine Methode dar, um kommunistische Agitation und Propaganda zu unterbinden. Ebenso werden die Genossen verfolgt, die revolutionäre Plakate kleben.

Dagegen können pop-Plakate, und Jesus-people-Plakate usw von den entsprechenden Leuten vollkommen ungestört geklebt werden. Der Grund dafür ist einfach: Schließlich dienen kreischende Popmusiker und Jünger des ewigen Lebens dem Kapitalisten selbst, indem zusätzlich zum Geschäft die Jugend vom revolutionären Klassenkampf abgehalten werden soll.

Die sogenannten Kommunisten der D'K'P als treue Helfer der Kapitalisten beauftragen sogar Werbeagenturen zur Verbreitung ihrer klassenversöhnlerischen Ideologie.

Diese Handlanger des Kapitals werden schließlich ebenso scheitern wie die Klassenjustiz!

Die ROTE HILFE OSTWESTFALENS wird die breite Solidarität mit den angeklagten Genossen verbreitern und verstärken. Durch diesen Prozeß wird die kommunistische Agitation und Propaganda, die die Bourgeoisie zu unterdrücken versucht, noch mehr Verbreitung finden.

FREIHEIT FÜR DIE REVOLUTIONÄRE AGITATION UND PROPAGANDA!

Grosser Sieg im Prozess gegen die Genossen Osswald und Schulte

Anfang April ging nach sechswöchiger Verhandlungsdauer der Prozeß vor der Staatsschutzkammer des Dortmunder Landgerichts gegen die Genossen N. Osswald und M. Schulte zu Ende. Sie waren angeklagt wegen "Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung" (§129) und wegen "Verunglimpfung der BRD und ihrer verfassungsmäßigen Ordnung" (§90 a). Doch wie sahen ihre "Verbrechen" aus? die beiden Genossen hatten in Publikationen diesen Staat als das bezeichnet, was er in Wirklichkeit ist - als Ausbeuter- und Unterdrückerstaat, als Instrument der Kapitalisten gegen das werktätige Volk. Welcher Klassenbewußte Arbeiter hat nicht schon oft dasselbe gesagt, damals beim Ford-Streik in Köln oder beim Protest gegen den Bombenabwurfplatz in Nordhorn, als dieser Kapitalistenstaat seine Polizei auf Streikende und Demonstrierende hetzte. Die beiden angeklagten Genossen hatten offen die Notwendigkeit der bewaffneten Revolution propagiert, daß dieser Staat durch den revolutionären Kampf der Massen gestürzt werden muß und an seiner Stelle die Diktatur des Proletariats errichtet werden muß, die Herrschaft der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen über die ehemaligen Ausbeuter und Unterdrücker. Sie hatten auch die Rolle der D'K'P und der modernen Revisionisten in Moskau und Ostberlin als Handlanger des Kapitalismus, als Imperialisten und Diktatoren vom Schlage Hitlers entlarvt.

Dieser Prozeß war der schwerwiegendste Angriff auf die Freiheit der kommunistischen Agitation und Propaganda auf den Marxismus-Leninismus und die kommunistische Partei seit dem KPD-Verbot von 1956.

Die herrschende Klasse glaubte hintenherum und in aller Heimlichkeit die KPD/ML als "kriminelle Vereinigung" abstempeln zu können und so auch ein Grundsatzurteil für alle anderen revolutionären und fortschrittlichen Organisationen zu fällen. Aber diese Rechnung ging nicht auf. In seinem Urteil mußte das Gericht den Anklagepunkt "Rädelsführer in einer kriminellen Vereinigung" (§129) fallen lassen. Das ist in erster Linie dem entschlossenen Kampf zu verdanken, den die Angeklagten, die KPD/ML, die ROTE HILFE und andere revolutionäre und fortschrittliche Organisationen gegen diesen Angriff der Bourgeoisie geführt haben.

Die ROTE HILFE kämpft.

Die Rote-Hilfe-Dortmund hatte schon früh mit der Vorbereitung des Kampfes gegen diesen Prozeß begonnen, denn nur durch den entschlossenen Kampf konnte dieser Angriff zu einem Bumerang für die Bourgeoisie gemacht werden.

DIE ARBEITERKLASSE IST DIE ENTSCHEIDENDE KRAFT FÜR DEN KAMPF GEGEN POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG! Dies war unser Grundsatz bei den ganzen Vorbereitungen. Dementsprechend hat die RH-Dortmund eine breite Aufklärungsarbeit in der Arbeiterklasse geleistet. Mehrere Flugblätter vor und im Verlauf des Prozesses, die z.B. bei Hoesch und in einem proletarischen Stadtviertel verteilt wurden, an den Berufsschulen und auch an der Pädagogischen Hochschule. Plakate wurden massenhaft geklebt, zusammen mit der KPD/ML führten wir fast an jedem Prozeßtag Kundgebungen in der Innenstadt durch, den ganzen Tag über. Hatte die Bourgeoisie gehofft, durch den Ausschluß der Öffentlichkeit in aller Heimlichkeit den Prozeß durchführen zu können, so erreichte sie das genaue Gegenteil: Die Genossen, die

sonst im Saal gesessen hätten, gingen unter die Massen, klärten auf, hielten Ansprachen, verkauften Zeitungen, verteilten Flugblätter und sammelten Spenden. Auf diese Weise wurde auch das Schweigen der bürgerlichen Presse wirksam durchbrochen. Wir lernten



Dortmunder Arbeiter und Hausfrauen kennen, die schon früher unter der Nazi-herrschaft in die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS eingezahlt hatten. Wir gewannen neue Mitglieder und Sympathisanten und zahlreiche Menschen verfolgten voll Sympathie für die Angeklagten den Prozeßverlauf. Zusammen mit der KPD/ML und revolutionären und fortschrittlichen deutschen und ausländischen Organisationen führten wir in Dortmund eine Demonstration durch, nahmen an einer Demonstration in Bochum teil und führten Veranstaltungen durch.

"DIE ROTE HILFE IST KEINE CARITAS, DIE ALMOSEN GIBT UND HEFTPFLASTER AUF DIE VOM KLASSENFEIND GESCHLAGENEN WUNDEN KLEBT! SIE IST VIELMEHR EINE KAMPFORGANISATION GEGEN DIE POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG." (Aus dem programmatischen Aufruf)

Entsprechend dieser Aufgabe der ROTEN HILFE waren unsere gesamten Aktivitäten zum Schulte-Osswald-Prozeß begleitet und getragen von einem scharfen ideologischen Kampf gegen den modernen Revisionismus und Opportunismus, der versuchte, die Solidaritätsbewegung mit den Genossen in bürgerliches Fahrwasser zu lenken. Souleugneten die Opportunisten vom KBW der GRFD, die sich unverschämterweise "KPD" nennt, der "RH e.V." und opportunistische Kräfte aus anderen Roten Hilfen (z.B. Bochum), daß sich dieser Prozeß hauptsächlich gegen den Marxismus-Leninismus, gegen die kommunistische Partei gegen die KPD/ML richtete. Dementsprechend versuchten sie die Tatsache, daß hier die kommunistische Agitation und Propaganda angegriffen wurde zu verwischen. Sie behaupteten alle seien gemeint, bis hin zu D'K'P und Jusos. Sie lehnten es ab im Kampf gegen diesen Prozeß auch klar und eindeutig den konterrevolutionären Charakter der



D'K'P zu entlarven, als eine Kraft, die nicht nur irgendwie falsch gegen die politische Unterdrückung kämpft, sondern an dieser Unterdrückung teilnimmt. Während sie sich den modernen Revisionisten anbieten wollten versuchten sie in der Solidaritätsbewegung der KPD/ML zu untersagen, die kommunistische Propaganda frei zu entfalten. Was das Gericht verbieten wollte, versuchten diese Opportunisten auch auf Demonstrationen und Kundgebungen zu unterbinden. Angesichts dieser Haltung entlarvte sich ihr Solidaritätsgeschrei als pure Heuchelei.

Ein Höhepunkt unseres Kampfes war der Kongreß "Kampf der politischen Unterdrückung", der am 16.17. Februar stattfand. Er war ein Beweis für den kämpferischen und revolutionären Charakter der ROTEN HILFE DORTMUNDS, er festigte vor allem auch die Verbundenheit mit der KPD/ML! Das bewies einmal das einleitende Rote-Hilfe-Fest, auf dem wir ein revolutionäres Theaterstück spielten, das aus unsren zahlreichen Erfahrungen in den Prozessen in Dortmund schöpfte. Revolutionäre Lieder, Gedichte, Versteigerungen zugunsten der Angeklagten usw waren ein lebendiger Beweis für die proletarische Klassen-solidarität. Mehrere Solidaritätsadressen wurden verabschiedet, so für Katharina

HÄNDE WEG VON DEN REVOLUTIONÄREN UND FORTSCHRITTLICHEN ORGANISATIONEN



KORRESPONDENZ

FOLTER IN HAMBURG

Fortsetzung von S.10

Hammerschmidt und Astrid Proll, für Sascha Hirsch, gegen Gewerkschaftsausschlüsse.

Am 2. Tag wurden in drei Arbeitsgruppen (Revolutionäre Prozeßführung, Kampf gegen Isolationsfolter und Kampf gegen KPD-Verbot und §129) der Kampf um die revolutionäre Linie der Roten-Hilfe-Arbeit geführt. Es wurde die Lüge verbreitet, auf dem Kongreß wäre die Auseinandersetzung mit anderen Auffassungen unterdrückt worden, dabei waren es die Arbeitsgruppen, in denen einen ganzen Morgen lang vor allem die falsche Linie der GRPD und ihrer "RH e.V." kritisiert wurde.

Abgeschlossen wurde der Kongreß durch eine Kampfveranstaltung, die ein wichtiger schritt war, um die ideologischen Grundlagen einer revolutionären Roten Hilfe zu legen. Hier wurde vor allem der moderne Revisionismus der D'K'P, ihr Verrat am Kampf gegen die politische Unterdrückung entlarvt, die ROTE HILFE wurde als Truppe der proletarischen Revolution propagiert und den Opportunisten und Nachbetern der D'K'P und der "RH e.V." eine Abfuhr erteilt, die in der Roten Hilfe eine Caritas sehen, aber keine Kampforganisation des Proletariats.

Einer alten Genossin, die seit dem Polizeiterror wegen des Breschnew-Besuchs in Dortmund mit der Roten Hilfe kämpft, wurde später von den Bullen ein Tonband vorgespielt, auf dem ihre Begrüßung auf dem Kongreß zu hören war. Auch dies zeigt die wachsende Angst der Bourgeoisie vor der ROTEN HILFE als revolutionäre Massenorganisation; der Versuch die Genossin einzuschüchtern, schlug gründlich fehl.

Abschließend können wir sagen: Unser Kampf war erfolgreich, das Vorhaben der Bourgeoisie wurde durchkreuzt, hunderte haben die ROTE HILFE als eine revolutionäre Kraft kennengelernt, neue Mitglieder wurden gewonnen. Die Bourgeoisie wollte zwei Genossen aus unseren Reihen reißen, sie hat das Gegenteil damit erreicht. Trotz des Urteils: "8 Monate Gefängnis auf 3 Jahre Bewährung und 800 bzw 600DM Geldstrafe" haben wir einen großen Sieg errungen. Durch unseren Kampf haben wir neue Kämpfer für die Revolution, gegen Imperialismus und Kapitalismus gewonnen.

Fortsetzung von S.3

Aber wir bleiben dabei nicht stehen. Die Genossen haben für eine gerechte Sache gekämpft, für die Revolution, und sie haben auch in den Gefängnissen den Kampf keinen Augenblick aufgegeben. Unser Kampf muß weitergehen, bis zur Befreiung der Genossen der RAF und aller politischen Gefangenen. Deshalb: Brechen wir den faschistischen Terror der Bourgeoisie! Verwandeln wir die Prozesse gegen die Genossen der RAF in Tribunale gegen die Unterdrückerherrschaft der Bourgeoisie!

Freiheit für alle politischen Gefangenen

Ein Schüler der Rote Garde wurde vom Hamburger Gymnasium Schlankereye suspendiert, weil er auf Wandzeitungen und im Unterricht den Kommunismus propagierte. Er kämpfte gegen die politische Unterdrückung und ging trotz Verbot weiter zur Schule. Da setzte der kapitalistische Staat seine Polizeibüttel ein, die ihn mit Gewalt aus dem Unterricht holten. Solche Polizeistaatsmethoden kennen wir noch zu gut aus der Zeit des Hitlerfaschismus. Und wieder will sich der westdeutsche Imperialismus vor seinem unterkämpften Arbeiterklasse, mit brutaler Gewalt retten. Nur durch den offensiven unversöhnlichen Kampf gegen den imperialistischen Staat, bis zu seiner Zerschlagung, werden wir Faschismus und Krieg verhindern.

So ließen auch Genossen und Sympathisanten der KPD/ML den Schüler Th. nicht einfach von den Bullen abführen, es gelang ihnen Th. zu befreien. Darauf starteten die Bullen in dem Viertel eine Hetzjagd.

Auf offener Straße wurde eine Genossin festgenommen. Zur erkennungsdienstlichen Behandlung wurde sie in das Polizeihochhaus geschleppt.



Würzburger Demonstrant nach der 'Vernehmung'

Bericht über die Foltermethoden der Polizei:

"Ich stellte klar, daß ich im Recht sei und mich nicht wie eine Kriminelle behandeln lasse und deshalb die erkennungsdienstliche Behandlung nicht freiwillig an mir werde vornehmen lassen. Daraufhin schleppten mich fünf Mann zum Fotografieren, hielten mich mit Gewalt fest, ein Bulle riß mir ständig an den

Haaren den Kopf hoch und zerrte mich an den Haaren in den anderen Raum, wo die Fingerabdrücke gemacht werden sollten. Meinen Widerstand versuchten die Bullen mit Methoden zu brechen, die man schon als Folter bezeichnen kann. Dabei tat sich der genannte Bulle besonders hervor: Man nahm mich in den Polizeigriff, legte mit Knebelketten um die Handgelenke (die haben an der Innenseite Stahlstifte) Zunächst zogen sie die Kette an beiden Handgelenken zu und schnürten damit die Arme ab. Stufenweise erhöhten sie die Schmerzen, indem sie erst die Kette immer fester zuzogen, dann begann einer immer ruckartig an der Kette zu reißen, was unheimlich schmerzhaft war, bis ich schrie und mich nicht mehr aufrecht halten konnte. Wie auf Befehl zogen sie dann unter dem Tisch, auf dem die Fingerabdrücke gemacht werden sollten, eine Art Liege auf Rollen hervor, warfen mich darauf, mit dem Gesicht nach unten. Einige hielten mich fest und traktierten wieder den Arm mit der Knebelkette, an dem sie vorher ruckartig gezogen haben, diesmal wurde er nach hinten gedreht und mit aller Kraft an der Kette gezogen, davon ließen sie auch nicht ab, nachdem ich vor Schmerzen schrie, ich hatte den Eindruck, daß sie es darauf ankommen lassen mir den Arm zu verletzen. Ich bin heute nach etwa drei Wochen nicht in der Lage einen fest zugeschraubten Deckel eines Glases oder Dose aufzukriegen, weil ich unheimlich starke Schmerzen im Arm habe. Danach drohten sie mir die Finger zu brechen und die Fingernägel auszureißen. Besonders erschreckend war die freudig sadistische Visage des schon genannten Bullen. Schlagartig wurde mir klar, daß der kapitalistische Staat sich solche verdorbenen abgerichteten Unmenschen züchtet, die zu allem bereit sind. Eindeutig ist, daß sie es darauf anlegen Widerstand zu brechen, aber der Stein den sie erhoben haben fällt auf ihre eigenen Füße, das verstärkt nur die Kampfmotiviertheit und den Klassenhaß. Ich habe den Bullen versprochen, daß sie das wiederkriegen, und daß solche Maßnahmen veröffentlicht würden; Sie meinten, daß könnte ich ruhig machen, das mache ihnen nichts aus. Als die KPD/ML ein Flugblatt gegen politische Unterdrückung machte und auch die Polizeistaatsmethoden entlarvte und den revolutionären Ausweg zeigt, da beschlagnahmten sie das Flugblatt in ihrer Angst und durchsuchten das Parteibüro.

SPENDENKONTO DER ROTEN HILFE :

Held, Stadtparkasse Gelsenkirchen
Girokonto-Nummer: 222086335

Veranstaltungen:

DORTMUND 25.5. 19.30 Uhr
Jacobsschänke, Weißenburgerstraße
"Zum programmatischen Aufruf"

Kontaktadresse:

Freiheit für die inhaftierten spanischen Antifaschisten

Seit zwei Monaten, seit dem 4. März, sind in Düsseldorf drei spanische antifaschistische Arbeiter eingekerkert. Sie werden beschuldigt, einen Brandanschlag auf ein spanisches Reisebüro geplant zu haben. Die Polizei kann dafür jedoch bis heute noch keinen einzigen Beweis vorlegen; sie will ihren Auftraggebern in Bonn und Madrid Genüge tun.

Das kürzliche Verbrechen der Franco-Diktatur, die Ermordung des jungen Anarchisten Salvador Puig Antich durch die Garotta, das Würgeisen, ist der ganzen Welt bekannt und hat eine berechtigte Welle der Empörung, Demonstrationen und Anschläge gegen repräsentative Gebäude des Franco-Systems hervorgerufen. Die Antwort der Bundesregierung auf diese Welle der Empörung war die willkürliche Festnahme von drei spanischen Arbeitern. Die monatelange Einkerkelung dieser drei Antifaschisten ist ein verbrecherischer Anschlag auf die Freundschaft des deutschen und spanischen Volkes.

Schon 1939 konnte Franco nur mit Hilfe der deutschen Faschisten an die Macht kommen. Die berüchtigte Mordlegion "Condor" hat zigtausende von spanischen Werktätigen auf dem Gewissen. Deutschland mußte damals selbst unter dem Terror des Hitlerfaschismus leiden; dennoch kämpften die besten Söhne des deutschen Volkes in den "Internationalen Brigaden" gegen den Franco-Putsch und gegen die Invasionsarmeen von Mussolini und Hitler.



Der antifaschistische Kampf der deutschen Batallione "Ernst-Thälmann", "Hans Beimler" und "Edgar André" hat die Ehre des deutschen Volkes gerettet und die tiefe Freundschaft des deutschen und spanischen Volkes befestigt.

Heute setzt die Bundesregierung die imperialistische Tradition der Hitlerbande fort: Sie arbeitet wieder eng mit dem Francofaschismus zusammen und gewährt ihm jede erdenkliche Hilfe. Die Festnahme der drei Spanier in Düsseldorf ist dafür ein neuer Beweis. Während die Familien der Spanier kein Geld mehr bekommen und sich nur mühsam über Wasser halten, sollen die Festgenommenen, die in Deutschland Arbeit und Wohnung haben, nach Spanien abgeschoben werden. Die deutsche Polizei will sie den Folterknechten und Mördern des spanischen Geheimdienstes ausliefern.

Das können wir nicht hinnehmen. Wir protestieren

GEGEN DIE ZUSAMMENARBEIT DER BUNDESREGIERUNG MIT DEM FRANCO-FASCHISMUS!

Wir fordern

SOFORTIGE FREILASSUNG DER DREI INHAFTIERTEN SPANISCHEN ANTIFASCHISTEN!

Die ROTE HILFE fordert alle Antifaschisten, alle Demokraten und Kommunisten, alle ehrlichen Freunde des spanischen Volkes auf:

SPENDET für die Familien der drei Spanier.

PROTESTIERT gegen ihre willkürliche Verhaftung,

BETEILIGT euch an weiteren Protestaktionen!

Das ist jedoch nicht der einzige Anschlag dieser Art. Am 16. April wurde Cornelia Baer, ein aktives Mitglied der FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT, in Duisburg unter mysteriösen Umständen verschleppt. Cornelia hat eine Großveranstaltung der FRAP (Revolutionäre, Antifaschistische, Patriotische Front Spaniens) und der Freundschaftsgesellschaft aktiv vorbereitet; sie unterstützt den Kampf des spanischen Volkes seit jeher entschlossen. Cornelia Baer wurde von zwei Männern und einer Frau in einen Wagen gezerrt und vier Tage lang festgehalten und verhört. Erst als die Großveranstaltung beendet war, wurde sie in Bremen spät nachts wieder freigelassen.

Doch auch dieser Versuch zu verhindern, daß der revolutionäre Kampf des spanischen Volkes in Deutschland immer breitere Unterstützung findet war vergeblich. Am 20.4. haben 1500 deutsche und ausländische Antifaschisten ihre kämpferische Solidarität mit dem spanischen Volk und mit seiner Volksfront, der FRAP, bekundet. Sie protestierten einmütig gegen die Machenschaften der deutschen Polizei und der Ausländerbehörde.

In Westdeutschland wächst die kampfentschlossene Unterstützung des spanischen Volkes in der Tradition der Internationalen Brigaden. Deshalb stand der diesjährige erste Mai auch im Zeichen der festen Solidarität der deutschen Arbeiter und Werktätigen mit dem revolutionären Kampf des spanischen Volkes.

SCHLUSS MIT DER ZUSAMMENARBEIT DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS MIT DEM FRANCOFASCHISMUS!

SOFORTIGE FREILASSUNG DER DREI INHAFTIERTEN SPANISCHEN ANTIFASCHISTEN!

ES LEBE DER REVOLUTIONÄRE KAMPF DES SPANISCHEN VOLKES UNTER FÜHRUNG DER FRAP!

ES LEBE DIE FREUNDSCHAFT DES DEUTSCHEN UND SPANISCHEN VOLKES!

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

Der Kampf der ROTEN HILFE am 1. Mai

In vielen Orten Westdeutschlands hat die Rote Hilfe am 1. Mai zu den revolutionären 1. Mai-Demonstrationen der KPD/ML aufgerufen, und an einigen Orten mit eigenen Blocks an ihnen teilgenommen. Die KPD/ML hat im Kampf gegen die gerade im letzten Jahr zunehmende politische Unterdrückung führend eingegriffen, ist in diesem Kampf keinen Schritt zurückgewichen und trug die revolutionäre Linie des unversöhnlichen Klassenkampfes auch durch ihren Maiaufruf unter die Massen. Auf dieser Grundlage des gemeinsamen revolutionären Kampfes gegen die Bourgeoisie und ihren Unterdrückungsapparat hat die Rote Hilfe alle ihre Mitglieder und Sympathisanten dazu aufgerufen, zusammen mit der KPD/ML und allen anderen wirklich revolutionären Kräften in un-

serem Lande den revolutionären, roten 1. Mai zu begehen, und sich damit in die weltweite Kampffront der Völker gegen den Imperialismus und für den Sieg der sozialistischen Revolution einzusetzen. Damit hat sich die Rote Hilfe auch entschieden von Gruppen distanziert, die sich selbst revolutionär nennen, aber unglaublicherweise zum Regierungsmai des imperialistischen DGB-Apparates aufgerufen und damit einen Schändlichen Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse begangen haben.

Die Revolutionäre der Roten Hilfe, am 1. Mai in einer Kampffront mit der KPD/ML gegen Lohnraub, Teuerung, Arbeitslosigkeit und politische Unterdrückung, für die sozialistische Revolution, das war unsere Aufgabe am 1. Mai. Nicht etwa

wie die "Rote Hilfe e.V.", die Organisation von Samariterdiensten für ihre Ziehmutter, die Gruppe Rote Fahne Dortmund, für die die "Rote Hilfe e.V." am ersten Mai Kinder beaufsichtigte, Fußkranke pflegte und rote Nelken verteilte. Bei der Demonstration der GRFD in Dortmund zeigte sich mal wieder der Charakter der "RH e.V." als linke Caritas: Nicht revolutionäre Kampforganisation, die die proletarische Massensolidarität organisiert, sondern mit einem Wagen für Kinder und Fußkranke aufkreuzen, das ist die Politik der "RH e.V."

IMPRESSUM :
verantw. i. S. d. Pr. ges.: M. Banos
46 Dortmund, Kesselstraße 31

Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36